

Belebungsprogramm nach der Corona-Krise

Nicht alles, was in der Krise Konjunktur hat, hilft auch der Wirtschaft

Von Christian Dürr

I. Vertrauen wiederherstellen: private Investitionen stärken, Kaufprämien verhindern

Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland sind mit dem Corona-Virus fast zum Erliegen gekommen. Sonst selbstverständliche Freiheiten des täglichen Lebens stehen derzeit dem Gesundheitsschutz zurecht nach. Entsprechend verunsichert sind die Menschen, was ihre Gesundheit betrifft, aber auch hinsichtlich der langfristigen Perspektive zu Einkommen und wirtschaftlicher Sicherheit. Völlig unverschuldet ist Vertrauen verloren gegangen in das wirtschaftliche Überleben von Unternehmerinnen und Unternehmern, mittelständischen Betrieben sowie die Sicherheit von Arbeitsplätzen.

So wichtig das beherzte staatliche Handeln zur akuten Krisenbewältigung jetzt ist, so wichtig ist es aber auch, nicht aus den Augen zu verlieren, dass der Staat allein keinen Wohlstand schaffen kann. Forderungen nach Kaufprämien für Autos, neue Heizungen oder ähnliches sind falsch und schaffen kein Vertrauen. Über die letzten Jahre sind fast 90% der Investitionen in Deutschland aus privater Hand erfolgt. Private Investitionen in neue Technologien, Forschung und der Ausbau erfolgreicher Geschäftsmodelle sind das Rückgrat, das unserer Exportnation Wohlstand verschafft. Unmittelbar nach der Krise muss Vertrauen wiederhergestellt und Unsicherheit überwunden werden. So notwendig staatliche Liquiditätshilfen während der Krise sind, so wichtig ist die freie Hand der Unternehmerinnen und Unternehmer im Anschluss. Vertrauen in den marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen wird am Ende darüber entscheiden, ob sich schnell wieder Optimismus bei Unternehmern, Anlegern und Konsumenten einstellt.

II. Wie wirtschaftlicher Aufschwung gelingt: Geschichte kann sich wiederholen

Heute wird gern ein neuer „Marshallplan für Europa“ gefordert. Doch verbergen sich hinter diesem Schlagwort ganz andere Lehren, als die Befürworter großvolumiger staatlicher Investitionsprogramme dabei im Kopf haben: Nicht in erster Linie staatliche Investitionen waren es, die das westdeutsche Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglichten. Davon abgesehen, dass die Marshallplan-Hilfen damals private Investitionen förderten, nicht öffentliche – entscheidend war etwas ganz anderes. Am 20. Juni 1948 wurde mit der D-Mark in den westdeutschen Besatzungszonen eine stabile Währung eingeführt und hinzu kam ein Satz Ludwig Erhards, der den wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands ermöglichte: „Der Freigabe der Preise ist vor der behördlichen Festsetzung der Vorzug zu geben.“ Staatliche Preiskontrollen wurden in großem Umfang abgebaut. Zusammen mit einer neuen Wettbewerbspolitik war damit die geeignete wirtschaftliche Rahmenordnung gefunden. Diese marktwirtschaftliche Orientierung hat Deutschland den Weg geebnet in das Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre und weit darüber hinaus. Ohne unsere amerikanischen Freunde wäre das nicht möglich gewesen. Wichtiger als die Milliarden des Marshallplans war aber die Hilfestellung bei der Wiederbegründung einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Auch aus der Weltfinanzkrise 2008 können wir wertvolle Lehren ziehen: Damals haben wir in Deutschland, nachdem die Rezession mithilfe staatlicher Konjunkturprogramme durchschritten war, ein bemerkenswertes Zeichen gesetzt: 2009 wurde von Bundestag und Bundesrat die Schuldenbremse in das Grundgesetz eingefügt. Das war ein klares Bekenntnis dazu, die gerade rasant gestiegene Schuldenquote entschieden wieder abzubauen. Die 2009 gebildete schwarz-gelbe Koalition hat resolute Schritte hin zur „Schwarzen Null“ gemacht. Auf diese Weise ist es uns nach 2008 gelungen, das Vertrauen der Unternehmen, Investoren und Arbeitnehmer schnell wieder zu gewinnen. Deutschland ist gut aus der Krise gekommen und hat einen langen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, ganz ohne Wiederaufbauprogramm, neue Steuern oder Vermögensabgaben. Das kann auch heute wieder der Weg zurück zu Wachstum und Wohlstand sein.

III. Die Lehren: Nach der Krise darf nicht vor der Krise sein - Rahmenbedingungen verbessern!

In der aktuellen Krise zeigen sich die Tendenzen, die sich bereits vorher ankündigten. Protektionismus, Abschottung und der Ruf nach dem Ende der Globalisierung erleben Hochkonjunktur. Doch nach der Krise wird die Welt keine andere sein, wir dürfen uns angesichts hoher privater und staatlicher Schuldenstände allerdings keine politischen Fehlentscheidungen mehr leisten. Strikt nach dem Motto, um die Krise nach der Krise zu verhindern, müssen stattdessen schlechte Rahmenbedingungen angepasst und die bestehende Infrastruktur effizienter werden, als es vorher der Fall war. In den letzten Jahren gab es viele unvernünftige Mehrausgaben

des Staates, Wahlgeschenke, weil das Geld gerade da war. Im internationalen Vergleich steht Deutschland heute an der Spitze bei der Abgabenquote.

Die Entlastung von Betrieben und Haushalten muss jetzt im Vordergrund stehen. Wir brauchen eine Schwerpunktsetzung auf Digitalisierung und Bildung bei insgesamt weniger öffentlichen Ausgaben. Nur mit einer Stärkung des freien, internationalen Handels, der Zuwanderung und des Kapitalverkehrs, Raum für private Investitionen durch geringere Abgaben und der freien unternehmerischen Entscheidung über Mittel und Zweck wird Vertrauen wiederhergestellt. Das ist die Voraussetzung für einen schnellen wirtschaftlichen Aufholprozess nach der Krise.

IV. Unsere konkreten Forderungen für ein breites Entlastungsprogramm zur Belebung der Wirtschaft nach der Corona-Krise im Umfang von ca. 70 Milliarden Euro pro Jahr

1. Negative Gewinnsteuer und eine erweiterte Verlustverrechnung einführen

Die vorübergehende Einführung einer „*Negativen Gewinnsteuer*“ für schnelle Liquiditätshilfe. Damit verbunden wird im Rahmen einer nachträglichen Steuersenkung eine erweiterte Verlustverrechnung, die sich auf zurückliegende und zukünftige Jahre beziehen kann.

2. Die Leistung der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen durch Entlastungen anerkennen (17 Mrd. EUR)

Mit der deutlichen Verschiebung des zweiten Eckwerts von 14.532 EUR auf 19.000 EUR wird der gesamte Steuertarif endlich fair und leistungsgerecht gestaltet. Insbesondere Arbeitnehmer mit kleineren und mittleren Einkommen, die in der Krise besonderen Einsatz zeigen - wie Beschäftigte in der Krankenpflege, im Einzelhandel, bei der Polizei oder im Rettungsdienst - verdienen nachhaltige Wertschätzung. Dabei helfen jedoch keine Einmalzahlungen oder gar staatlich festgelegte Einkommen und Einmischung in Tarifverträge. Stattdessen müssen die Heldinnen und Helden des Alltags konsequent und andauernd steuerlich entlastet werden.

3. Investitionen fördern: Unbefristete degressive Abschreibung für alle beweglichen Wirtschaftsgüter

Die Möglichkeit zur degressiven steuerlichen Abschreibung beim Kauf von beweglichen Wirtschaftsgütern soll unbefristet eingeführt werden, um Investitionen schnell wieder anzukurbeln.

4. Ausgabenstopp für Wahlgeschenke abseits der Krise – keine unwirksame Grundrente

Die Krise verlangt zurzeit allen Menschen in Deutschland sehr viel ab. Deshalb muss auch der Staat abseits der Maßnahmen zur Krisenbewältigung sparen. Wir dürfen in diesen Zeiten nicht den Fehler machen, den Haushalt mit neuen dauerhaften nicht-investiven Ausgaben zu belasten. Deshalb fordern wir ein Ausgabenmoratorium für alle langfristig angelegten konsumtiven Ausgaben, die nicht im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise stehen. Projekte wie zum Beispiel die GroKo-Grundrente können nicht weiterverfolgt werden.

5. Den Spitzensteuersatz nicht schon ab 1,5-fachen Durchschnittseinkommen wirken lassen (17 Mrd. EUR)

Die höchsten Steuersätze müssen heute schon von den Fachkräften in der Mitte der Gesellschaft gezahlt werden, deshalb wollen wir den dritten Tarifeckwert von 57.051 auf 90.000 EUR verschieben. Vor 50 Jahren zahlten Menschen in Deutschland erst bei einem Einkommen des 20-fachen Durchschnittsverdiensts den Spitzensteuersatz, während es heute schon ab dem 1,5-fachen ist. Insbesondere nach der Krise darf es keine Gedankenspiele über höhere Abgaben geben, stattdessen müssen steuerliche Entlastungen alle erreichen, auch die vielen Menschen in den mittelständischen Unternehmen, die zu den Leistungsträgern unserer Wirtschaft gehören.

6. Die vollständige, rückwirkende Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum 01.01.2020 (20 Mrd. EUR)

Konjunkturpolitisch richtig und verfassungsmäßig notwendig ist nach wie vor die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags zu Beginn des aktuellen Jahres. Eine vollumfängliche Entlastung für Arbeitnehmer und Unternehmer, insbesondere Solo-Selbstständige, Handwerksbetriebe und andere mittelständische Betriebe sowie kleine Kapitalgesellschaften. Diese müssen nach der Krise schnell an Fahrt gewinnen. Zudem ist eine Abschaffung zu Jahresbeginn anstelle der von der SPD vorgeschlagenen Abschaffung zum 1. Juli 2020 auch für die momentan stark belasteten Finanzämter von großem Vorteil und unbürokratisch zu erledigen. Verfassungsrechtlich ist diese Maßnahme obligatorisch.

7. Den Körperschaftsteuersatz von 15% auf 10% absenken und Unternehmen entlasten (15 Mrd. EUR)

Deutschland steht im internationalen Vergleich in der Spitze der Belastungs- und Abgabenquote. Seit Jahren steigt die allgemeine Steuerquote in Deutschland. Viele Staaten haben es vorgemacht, nicht zuletzt Frankreich entlastete Unternehmen im großen Stil. Deutschland muss jetzt nachziehen, um die Konjunktur zu beleben und wettbewerbsfähig zu bleiben.